

Christoph Butterwegge

Rechtspopulismus in der Mitte der Gesellschaft?

Eine besonders gefährliche, weil scheinbar bürgerlich-seriöse Spielart des Rechtsextremismus ist der Rechtspopulismus, welcher seit geraumer Zeit in fast allen Teilen Europas größeren Zulauf und teilweise spektakuläre Wahlerfolge verzeichnet. Rechtspopulismus sollte kein Kosenamen für den Rechtsextremismus sein, vielmehr dessen für Deutschnationalismus und Nationalkonservatismus anschlussfähigste Form bezeichnen (vgl. hierzu ausführlicher: Butterwegge 2008). Er ist dadurch gekennzeichnet, dass – *populus* (lat.) heißt auf Deutsch das Volk – man sich als (partei)politisches Sprachrohr des Volkes geriert und sich nach oben wie nach unten abgrenzt. Nach oben findet die Abgrenzung gegenüber der „politischen Klasse“ und den Etablierten statt, nach unten gegenüber sozial Benachteiligten, heute vor allem gegenüber Migrant(inn)en muslimischen Glaubens, die vermeintlich „in die Sozialsysteme einwandern“ und „uns“ als fleißige, tüchtige Deutsche, die anständig sind, ausnutzen. Betroffen von Stigmatisierung, Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung sind aber auch viele andere Minderheiten, von denen ich hier nur die Erwerbslosen, die Obdachlosen, die Homosexuellen und die Drogenabhängigen nennen möchte.

So wenig wie der Rechtsextremismus ist der Rechtspopulismus als *Desintegrationsphänomen* oder als *Jugendproblem* zu begreifen, das mit deviantem Verhalten oder pubertärem Überschwang zu tun hat (vgl. zur Kritik solcher Deutungsmuster: Butterwegge 2001). Der organisierte Rechtspopulismus ist auch keine Protestbewegung, die sich für sozial benachteiligte Deutsche einsetzt. Vielmehr grenzt er Einheimische mit Behinderungen, (psychisch) Kranke, Obdachlose, Homosexuelle und Migrant(inn)en gleichermaßen aus, will ihnen Transferleistungen vorenthalten und/oder sie durch Zwangsmaßnahmen disziplinieren. Es geht also beim Rechtspopulismus nicht etwa um eine Negation, sondern gerade um die – manchmal bis zur letzten, tödlichen Konsequenz getriebene – Realisation herrschender Normen (Beurteilung einer Person nach der ökonomischen Verwertbarkeit, Leistungsfähigkeit bzw. Systemangepasstheit) und gesellschaftlicher Funktionsmechanismen wie der Konkurrenz.

Um den zeitgenössischen Rechtsextremismus bzw. -populismus genauer im politischen Raum verorten sowie seine Entstehungsbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten beurteilen zu können, muss die Forschung auf drei Untersuchungsebenen ansetzen: der ökonomischen, der sozialen und der politischen. Hier wird deshalb für ein Erklärungsmodell plädiert, das von der Konkurrenz als entscheidender Triebkraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems ausgeht, Veränderungen bzw. Verschlechterungen des

sozialen Klimas jedoch genauso berücksichtigt wie die Traditionsbestände der politischen Kultur.

Krisenerscheinungen fördern den Rechtsextremismus bzw. -populismus

Für die Entfaltungsmöglichkeiten und Erfolgschancen des Rechtsextremismus/-populismus spielen Krisenerscheinungen im Bereich der internationalen Finanzmärkte, der Volkswirtschaft und des europäischen Währungssystems, aber auch die Sinnkrise des Sozialen eine Schlüsselrolle. Seit die Bankenkrise mit dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008 globale Dimensionen angenommen hat, deutet vieles darauf hin, dass sich die soziale Zerklüftung unserer Gesellschaft erheblich verschärfen wird. Wahrscheinlich steigen die Armutsrisiken für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen hierzulande in nächster Zeit weiter. Arbeitslose haben besonders dann wenig Geld, wenn die sozialen Sicherungssysteme durch Reformmaßnahmen demontiert werden. Lohndumping fällt in Krisenzeiten leichter, sodass künftig noch mehr Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnsektor angesiedelt sein dürften, falls nicht gegengesteuert wird. Gleichzeitig wird sich der Reichtum vermutlich noch stärker bei wenigen Kapitalmagnaten, Finanzinvestoren, Investmentbankern und Großgrundbesitzern sammeln.

Für mich ist die Wirtschafts- und die europäische Schulden- bzw. Währungskrise, die sich im Schatten der Weltfinanzkrise entfaltet hat, möglicherweise auch in der Bundesrepublik noch keinesfalls überwunden. Mich erinnert ihr wechselhafter Verlauf an die Krise gegen Ende der 1920er/Anfang der 1930er Jahre. Damals jubelten bürgerliche Zeitungen in Deutschland bereits, dass die Wirtschaftskrise vorbei und der erhoffte Konjunkturaufschwung da sei. Kurz darauf, im Frühjahr 1931, brachen in Österreich und in Deutschland große Banken zusammen. Mit mehrjähriger Verspätung erreichten Massenarbeitslosigkeit und -verelendung ihren Höhepunkt. Wenn man so will, war das die zweite Etappe der im Oktober 1929 mit dem „Schwarzen Freitag“ an der New Yorker Börse ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise. Damit entstanden auch gute Bedingungen für den Hitlerfaschismus und die in unseren Geschichtsbüchern leider immer noch „Machtergreifung“ genannte Regierungsübertragung an die Nazi-Partei. Ohne die Gemeinsamkeiten überzubewerten oder vorschnell historische Parallelen zu ziehen, lässt sich daraus der Schluss ziehen, dass die gegenwärtige Situation der Bundesrepublik immer noch sehr labil ist, auch in Bezug auf die Entwicklung des sozialen Klimas und der politischen Kultur.



Prof. Dr. Christoph Butterwegge
© Wolfgang Schmidt

Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln;
Mitglied der Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiST).

Anschrift:
Universität zu Köln
Humanwissenschaftliche Fakultät
Institut für Vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften
- Politikwissenschaft - Gronewaldstr. 2
50931 Köln
Kontakt: hf-politikwissenschaft@uni-koeln.de (Sekretariat)

Damals wie heute erfolgte das Krisenmanagement der gesellschaftlichen Eliten und der politischen Klasse im Wesentlichen über den „Um-“ bzw. Abbau des Sozialstaates, für welchen „Hartz IV“ und die „Agenda 2010“ als bekannteste Chiffren stehen, eine damit verbundene Lohndumping-Strategie zwecks Stärkung des „eigenen“ Standorts sowie eine angebotsorientierte Wirtschafts- und Austeritätspolitik nach dem Matthäus-Prinzip („Wer hat, dem wird gegeben, und wer wenig hat, dem wird auch das noch genommen“), durch die sich die Gesellschaft immer stärker in Arm und Reich spaltet (vgl. hierzu: Butterwegge 2012a). Denn die US-Amerikanisierung des Sozialstaates zieht eine US-Amerikanisierung der Sozialstruktur (Polarisierung von Arm und Reich sowie Pauperisierung großer Teile der Bevölkerung und Prekarisierung der Lohnarbeit), eine US-Amerikanisierung der (sozial)politischen Kultur sowie eine US-Amerikanisierung der Stadtentwicklung (Zerfall der Großstädte in Luxusquartiere und „soziale Brennpunkte“ oder „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“, wie auch bei uns mittlerweile entstehende Armengettos beschönigend genannt werden) nach sich (vgl. hierzu: Butterwegge 2012b).

Während die das Krisendebakel wesentlich mit verursachenden Hasardeure und Spekulanten mittels des beim Bund angesiedelten „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ (SoFFin) aufgefangen wurden, müssen die Mittelschicht, Arbeitslose und Arme jene Suppe, die Banker und Börsianer der gesamten Bevölkerung eingebrockt haben, einmal mehr auslöffeln. Wenn die privaten Banken den für sie bürgenden Staat zur Kasse bitten, wird für sozial Benachteiligte und Bedürftige kaum noch Geld übrig bleiben. Aufgrund der sich abzeichnenden Verteilungskämpfe um die knappen Finanzmittel des Staates dürfte das soziale Klima hierzulande erheblich rauer werden.

Das rigidere Armutsregime manifestiert sich in einzelnen Punkten der Hartz-IV-Neuregelung, die zum 1. April 2011 erfolgt ist. Seither können die Bundesländer ihre Landkreise und kreisfreien Städte ermächtigen oder verpflichten, die „angemessenen“ Kosten für Unterkunft und Heizung per Satzung auf ihrem Gebiet festzulegen. Dies gilt für Mietpauschalen, wenn auf dem kommunalen Wohnungsmarkt ausreichend freier Wohnraum zur Verfügung steht und sie dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit entsprechen, sowie für „Gesamtangemessenheitsgrenzen“, die Unterkunft und Heizung betreffen. Als erstes Bundesland hat Hessen im Juni 2011 seine Kommunen ermächtigt, davon Gebrauch zu machen. Wenn dies geschieht, weil sich überschuldete Kommunen von einer Pauschalierung der Unterkunftskosten eine Sanierung ihres Haushalts versprechen, dürften sich viele Hartz-IV-Empfänger/

innen gezwungen sehen, ihre bisher vom zuständigen Grundsicherungsträger bezahlte Wohnung in einem gutbürgerlichen Stadtviertel aufzugeben und in eine Hochhaussiedlung am Stadtrand zu ziehen, wo die Mieten niedriger sind. Dadurch würde einer stärkeren Gettoisierung bzw. einer sozialräumlichen Segregation der Armutspopulation, die sich in deutschen Großstädten ansatzweise bereits seit geraumer Zeit erkennen lässt, tendenziell Vorschub geleistet.

Die sozial(räumlich)e Spaltung erhöht nicht bloß das Konflikt- und Gewaltpotenzial der Gesellschaft, vielmehr auch die Wahrscheinlichkeit einer Krise der politischen Repräsentation. Wenn die Lebensverhältnisse der Mitglieder einer demokratisch verfassten Gesellschaft, d. h. ihre materielle Ressourcenausstattung oder Armut und Reichtum immer stärker auseinanderklaffen, kann sich eine latente Bürgerkriegsstimmung ausbreiten. Während so getan wird, als habe die Regierung das Problem der kollabierenden Finanz- und Arbeitsmärkte im Griff, breiten sich soziale Unsicherheit und Unzufriedenheit aus, weil die Bundesrepublik schrittweise zum Fürsorge-, Almosen- bzw. Suppenküchenstaat degeneriert. Die gesellschaftliche Akzeptanz von Armut und sozialer Ausgrenzung scheint sich während des letzten Jahrzehnts erhöht zu haben, während die Akzeptanz der Armen selbst aufgrund des ausufernden Wohlstandschauvinismus, Sozialdarwinismus und Standortnationalismus zurückgegangen ist.

Die Sinnkrise des Sozialen als geistiger Nährboden des Rechtsextremismus/-populismus

Staat und Gesellschaft leiden gegenwärtig vor allem unter der massiven Entwertung bzw. einer tiefen Sinnkrise des Sozialen, die den geistigen Nährboden des Rechtsextremismus bzw. -populismus bildet und aus vier Teilprozessen besteht:

Die erste Entwicklungstendenz möchte ich als *Ökonomisierung des Sozialen* bezeichnen. Befördert wird sie durch den Neoliberalismus, also eine Wirtschaftstheorie, die ganz auf den Markt setzt und längst aus einer bloßen Wirtschaftstheorie zu einer Sozialphilosophie, fast möchte ich sagen: zu einer Weltanschauung und einer politischen Zivilreligion geworden ist. Alles, was das Soziale betrifft, wird mehr und mehr einem ökonomischen Kalkül unterworfen. Dies widerspricht dem Grundgesetz, in dessen Artikeln 20 und 28 steht, dass die Bundesrepublik Deutschland ein sozialer Bundes- bzw. Rechtsstaat sei.

Die zweite Tendenz lässt sich als *Kulturalisierung des Sozialen* kennzeichnen. Politik erleben die Menschen heute im Wesentlichen über Talkshows im Fernseh-

hen. Dort begegnet sie ihnen als etwas, das weniger mit Macht und Herrschaft oder mit materiellen Interessen von Klassen, Schichten oder gesellschaftlichen Gruppen als mit kulturellen Identitäten zu tun hat. Das Soziale wird nicht mehr als eine Sphäre betrachtet, in der gesellschaftliche Interessengegensätze, sondern als ein Raum, wo kulturelle Identitäten aufeinanderprallen. Sehr deutlich zeigt sich das am Beispiel von Thilo Sarrazin (2010), bei dem es nicht um soziale Gegensätze geht, sondern um deutsche Christen und muslimische Migranten.

Das dritte Moment ist die *Ethnisierung des Sozialen*. Menschen werden häufiger nach ihrer ethnischen Herkunft bewertet. Dabei geht es gar nicht darum, ob sie deutsche Staatsangehörige sind. Entscheidend ist das Herkunftsland, oftmals der Eltern oder der Großeltern von Menschen, die hier geboren und aufgewachsen sind. Die Ethnisierung des Sozialen ist eine Tendenz, die nicht nur von Rechtsextremen betrieben wird, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft um sich greift. Thilo Sarrazin ist ein sehr etablierter Mann, ehemaliger Bundesbankvorstand und Senator in Berlin. Und nicht erst in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ hat er die Ethnisierung des Sozialen betrieben. In einem Interview, das die Zeitschrift „Lettre International“ ein Jahr vorher mit ihm führte, hat er bereits erklärt, die muslimischen Migranten in Berlin produzierten immer mehr „kleine Kopftuchmädchen“. Menschen werden also nicht in ihren sozialen Bezügen betrachtet, sondern nach ihrer ethnischen Herkunft eingeordnet. Und es wird eine Dichotomie aufgemacht: hier „wir Deutsche“ und dort „die anderen“, nämlich die Muslime, die Araber, die Türken. Damit werden neue Frontlinien gezogen, welche die wahren sozialen Trennlinien in der Gesellschaft überdecken und von den eigentlichen Problemen ablenken (sollen).

Die vierte Tendenz – und auch da gehört Thilo Sarrazin zu den Vorreitern – ist eine *Biologisierung des Sozialen*. Aber schon lange vor Sarrazin war zu beobachten, dass das Reden über Gene in der Öffentlichkeit zunimmt und Menschen auf ihre biologische Prägung, die sie angeblich oder wirklich haben, reduziert werden. Das gilt zum Beispiel für Frauen, deren Eigenschaften am Geschlecht und an ihrer biologischen Prägung festgemacht werden. Gene werden als für menschliches Handeln entscheidend dargestellt. Dies bedeutet auch, dass Menschen auf ihre biologischen Eigenschaften reduziert und nicht mehr als Individuen ernst genommen werden.

Dimensionen des Rechtspopulismus

Ich unterscheide vier Argumentationslinien als Grundtypen des Rechtspopulismus, die sich allesamt bei Sarrazin finden.

Da ist erstens der *Sozialpopulismus*. Er richtet sich gegen die „Sozialschmarotzer“, zu denen für Sarrazin nicht nur Migrant(inn)en zählen, sondern auch Deutsche ohne oder mit geringem Einkommen, die aber gar nicht „wirklich“ arm seien. Sarrazin verwendet sehr viel Raum darauf zu beweisen, dass es Armut bei uns gar nicht gibt. Für ihn klagen Hartz-IV-Empfänger auf hohem Niveau, was Sarrazin (2010, S. 105 und 148) mit schiefen Vergleichen zu belegen sucht: Auf dem Höhepunkt des Wirtschaftswunders in den frühen 1960er Jahren habe der Durchschnittsverdiener in Deutschland ein niedrigeres Einkommen als heute ein Hartz-IV-Empfänger gehabt. Und der Durchschnittsverdiener in Tschechien, in Polen oder in der Türkei habe noch heute weniger als ein Hartz-IV-Empfänger hierzulande.

Was es für Sarrazin gibt, sind Menschen, die sich als arm hinstellen, um vom Sozialstaat zu leben und den „anständigen deutschen Steuerzahler“ auszunutzen. Sarrazin (2010, S. 115) hat bereits als Finanzsenator in Berlin vorgerechnet, wie man von der Sozialhilfe oder Hartz IV „abwechslungsreich, ausgewogen und gesund“ leben könne. Dass sich jemand mit dem Gehalt eines Landesministers oder Bundesbankers nicht schämt, den Armen vorzurechnen, dass sie eigentlich mit sehr viel weniger klarkommen müssten als mit dem damaligen Regelsatz von 359 Euro plus Heiz- und Mietkosten, ist für mich purer Sarrazynismus, also eine Form von Sozialdarwinismus. Den davon Abhängigen die soziale Unterstützung nicht zu gönnen, gehört zum Sozialpopulismus.

Den zweiten Typ des Rechtspopulismus nenne ich *Kriminalpopulismus*. Dieser mobilisiert die „anständigen Bürger“ gegen den „gesellschaftlichen Abschaum“ und inszeniert seine Kampagnen auf dem Rücken von sozial benachteiligten Minderheiten. Er richtet sich gegen Straffällige, plädiert energisch für „mehr Härte“ der Gesellschaft im Umgang mit ihnen und nimmt besonders Drogenabhängige, Bettler/innen und Sexualstraftäter ins Visier. Häufig genug spielt die Boulevardpresse dabei eine unrühmliche Rolle als Sprachrohr einer intoleranten und illiberalen Mehrheitsgesellschaft.

Drittens nenne ich es *Nationalpopulismus*, wenn die deutsche kulturelle Identität und/oder der christliche Glauben als das entscheidende Merkmal hingestellt wird, welches einem Deutschen bzw. einem Europäer erlaubt, auf Muslime herabzublicken, sie abzuwehren und Politik gegen sie zu machen, ihnen repräsentative Moscheen zu neiden und möglichst zu verhindern, dass weitere gebaut werden. Dafür zu sorgen, dass sich die Muslime in Hinterhöfen verstecken müssen, ist fester Bestandteil einer Politik, wie sie parteiförmig von „Pro Köln“, „Pro NRW“ und „Pro Deutschland“ betrieben wird.





Die vierte Form des Populismus nenne ich *Radikalpopulismus*, weil eine „abgehobene Klasse“ (Thilo Sarrazin) von Berufspolitikern – zu denen Sarrazin übrigens selbst jahrzehntelang gehörte – für alle Übel der Gesellschaft verantwortlich gemacht wird. Dabei greift ein Rechtspopulist auf, was landläufig „Politikverdrossenheit“ genannt wird. Tatsächlich handelt es sich um eine Repräsentationskrise der Demokratie, wenn sich Millionen von Bürger(inne)n politisch nicht mehr vertreten fühlen. Der Radikalpopulismus versucht, diese Unzufriedenheit aufzugreifen und für sich auszunutzen, indem er die „Alt-“ oder „Systemparteien“, diejenigen also, die etabliert sind, dafür verantwortlich macht, dass die Bevölkerung mit ihren Interessen nicht zum Zuge kommt.

Bei uns gibt es zwar bisher im Unterschied zu vielen anderen europäischen Ländern noch keine politische Kraft, die rechtspopulistische Positionen im Rahmen einer Parteiformation umsetzt. Dies darf uns aber nicht veranlassen, so zu tun, als hätten sie keine wahlpolitische Relevanz. Denn häufig versuchen die etablierten Parteien, solche Stimmungen aufzugreifen, um sie in Wählerstimmen umzumünzen, und wenden sich dabei gleichfalls nach rechts.

Ansatzpunkte für Gegenmaßnahmen

Abschließend sollen mögliche Gegenstrategien skizziert werden. Aus meiner Sicht sind in der Auseinandersetzung mit rassistischen und rechtspopulistischen Ideologien drei Punkte wichtig: *Erstens muss der Gegensatz zwischen Arm und Reich bzw. zwischen Kapital und Arbeit in der politischen Jugendbildungsarbeit wieder deutlicher thematisiert werden.* Nur wenn der Oben-unten-Gegensatz stärker konturiert wird, lässt sich verhindern, dass der Innen-außen-Gegensatz greift: Da kommen Migrant(inn)en ins Land und gefährden „unseren“ Reichtum oder Wohlstand. Dieser Innen-außen-Gegensatz kann von Rechtspopulisten instrumentalisiert werden, sofern Unklarheit darüber herrscht, dass die Frontlinie entlang sozialökonomischer Trennlinien statt zwischen Muslimen und Christen verläuft.

Der zweite Punkt, welcher mir wichtig ist: Wir müssen *die demokratische stärker mit der sozialen Frage verbinden.* Rechtspopulisten, aber auch die NPD greifen zum Teil sehr geschickt die Nöte von Menschen auf, verbinden also die soziale mit der nationalen Frage. Ein Beispiel: Um die Armut deutscher Kinder zu bekämpfen, müssten wir dafür sorgen, heißt es, dass Migranten und erst recht Ausländer kein Kindergeld oder andere Sozialleistungen bekommen. Außerdem müsse eine Politik der Rückkehrförderung

stattfinden. Auf diese Weise wird rassistische Politik an den Mann und die Frau gebracht. Das müssen wir versuchen aufzubrechen, indem wir die demokratische mit der sozialen Frage verbinden: Nur ein entwickelter Wohlfahrtsstaat ist Garant dafür, dass Demokratie funktioniert, weil Demokratie mehr heißt, als alle vier oder fünf Jahre zu einer Wahlurne zu gehen. Demokratie bedeutet für mich, dass sämtliche Menschen, die in einem Land leben, d. h. alle Wohnbürgerinnen und Wohnbürger einschließlich der Migrantinnen und Migranten gleichermaßen politisch partizipieren und über die Gesellschaftsentwicklung mitentscheiden können. Das ist nicht nur abhängig von Fragen des Staatsbürgerschaftsrechts, sondern auch sehr stark von sozialen Voraussetzungen. Wie soll denn eine alleinerziehende Mutter, die fürchtet, teure Schulmaterialien ihres Kindes nicht finanzieren zu können, in politische Willens- und Entscheidungsprozesse eingreifen?

Drittens und letztens: Es muss eine *neue Kultur der Solidarität* entwickelt werden. Wir müssen die Menschen unabhängig von ihrer *unterschiedlichen* ethnischen Herkunft, Sprache und Religion in den Mittelpunkt *gemeinsamer* Interessen rücken. Das ist die Aufgabe all derjenigen Organisationen in unserer Gesellschaft, die unterprivilegierte Gruppen vertreten, und zudem aller Einzelpersonen, die aus christlichen Motiven, aufgrund humanistischer Ideale oder in der Tradition der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung für eine Gesellschaft eintreten, die frei ist von Diskriminierung, Rassismus und Sozialdarwinismus, für eine Gesellschaft, in der alle Menschen mit gleichen Rechten und unter möglichst guten sozialen Bedingungen leben können.

Literatur

- Butterwegge, Christoph (2001): Entschuldigungen oder Erklärungen für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt? – Bemerkungen zur Diskussion über die Entstehungsur-sachen eines unbegriffenen Problems. In: Ders./Georg Lohmann (Hrsg.): Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente. 2. Aufl., Opladen, S. 13–36.
- Butterwegge, Christoph (2008): Definitionen, Einfallstore und Handlungsfelder des Rechtspopulismus. In: Ders./ Gudrun Hentges (Hrsg.): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Opladen/Farmington Hills, S. 11–77.
- Butterwegge, Christoph (2012a): Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird. 3. Aufl., Frankfurt am Main/New York.
- Butterwegge, Christoph (2012b): Krise und Zukunft des Sozialstaates. 4. Aufl., Wiesbaden.
- Sarrazin, Thilo (2010): Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München.